



Staats- und  
Universitätsbibliothek  
Bremen

# **Staats- und Universitätsbibliothek Bremen**

**DFG Projekt Die Grenzboten**

## **Die Grenzboten**

**Berlin u.a., 1841 - 1922**

Wentzke, Paul: Ideale und Irrtümer der elsaß-lothringischen Frage. 2. Im  
Kampf um Kaiser und Reich

**urn:nbn:de:gbv:46:1-908**

für seine tatsächliche Lage zwischen dem kaltherzigen englischen Ausbeuter und dem zum äußersten gezwungenen deutschen Volke, das um sein Existenzminimum kämpft, — darin liegt das Geheimnis unserer Kraft — zu erhalten.

Die große Hoffnung der Stunde liegt in der Frage, ob Frankreich sehend wird, — ihre Gefahr, daß Frankreich blind und unvernünftig sich vollends den englischen Interessen opfert. Es ist schwer sich vorzustellen, daß Frankreich den Weg zum Frieden findet, indem es sich von den Wegen Englands trennt. Englische und amerikanische Truppen im eigenen Lande stellen eine größere Gefahr dar, wie eine Revolution. Durch sie ist Frankreich gefesselt. Auch eine Volkserhebung gegen die Regierung Clémenceaus ist unter solchen Umständen kaum denkbar. Es scheint, daß wir erst den Engländer und den Amerikaner vom Festlande ins Meer werfen müssen, ehe Frankreich frei sein wird, wieder ein Eigenleben für seine Wohlfahrt zu beginnen. Frankreich ist schon zu schwach, um selbständig Frieden zu schließen, und England fühlt sich noch zu stark, um auf einen Vergleichsfrieden einzugehen, der ihm die Preisgabe der unumschränkten Meerbeherrschung auferlegen würde, also eine Verkümmerng dessen, was es als sein Existenzminimum ansieht. Frankreichs Schicksalsstunde schlägt: Paris kann nur durch die deutschen Waffen gerettet werden. Damit sind wir an dem Höhepunkt des Krieges herangekommen, aber erreichen und überwinden werden ihn wohl die Waffen müssen.



## Ideale und Irrtümer der elsass-lothringischen Frage

Von Dr. Paul Wenzke

### 2. Im Kampf um Kaiser und Reich



uf steilem, steinigem Pfade mußte die deutsche Einheitsbewegung nach kurzem Aufschwung den Weg zur Höhe fortsetzen, den die Nation in den Jahren 1813/15 so hoffnungsvoll betreten hatte. Und gerade Straßburg und das Elsaß wurden fast alljährlich Zeugen von neuen Übergriffen der Reaktion, die mit rauher Hand die Blühträume von Belle-Alliance zerstörte. Schon 1819 zwang sie Josef Görres selbst zur Flucht ins „teutsche Franzosenland“, wo er unter dem Einfluß der jungen „katholischen“ Bewegung des Elsaß die entscheidende Wandlung zum schärfsten politischen Vorkämpfer der streitenden Kirche durchmachen sollte. In zwei großen Wellen folgten ihm, zuerst 1819, dann 1830—1849, eine große Anzahl politischer Flüchtlinge aus allen deutschen Staaten, die sich zum Teil für längere Zeit im Elsaß aufhielten. Naturgemäß bestimmten gerade ihre Erzählungen von der Unfreiheit, die in Deutschland herrsche, entscheidend die Anschauungen, die sich Elsässer und Lothringer von deutscher Politik und staatlichem Wesen bildeten. Wenn in letzter Zeit mit Recht darauf hingewiesen wurde, wie schwer die zügellose Kritik der eigenen Landsleute das Ansehen Deutschlands im Ausland geschädigt und sein geschichtliches Bild getrübt hat, so gilt dies Urteil vor allem auch der Flüchtlingsüberlieferung im Elsaß. Daß weit jenseits der

badischen und pfälzischen Grenzpfähle dem Druck der Reaktion zum Trotz ein neues Deutschland entstand, das im treuen Ausbau friederizianischer Grundzüge den festen Rahmen für die politische und wirtschaftliche Einheit des ganzen deutschen Volkes schuf: dies Werden und Wachsen des neuen Preußen blieb in Elsaß und Lothringen unbekannt und unverständlich. Gerade in den vier Jahrzehnten vielmehr, die der Zulirevolution folgten, von 1830 bis zum Untergang des zweiten Kaiserreiches, bildete sich insbesondere im Elsaß das unselige Zwitterwesen der Doppelkultur aus, in dem selbst gutdeutsche Kreise vor dem Weltkriege das völkische Ideal des Grenzlandes zu sehen meinten.

„Ma lyre est allemande, mais mon épée est française et fidèle au coq gaulois“. Dies Wort Ehrenfried Stöbers von 1815 steht an der Schwelle der neuen Entwicklung. Es war ein ehrliches Bekenntnis zur deutschen Kultur, doch nur solange gültig, als Kultur- und Staatsnation im Ringen der europäischen Mächte weisensverschiedene Kräfte blieben und bleiben konnten. Schon im zweiten Viertel des neuen Jahrhunderts aber schloß sich von innen heraus diese Kluft. Und mit scharfem Blick für das eigene Interesse bekannte sich das elsäßische Bürgertum ganz zu Frankreich, als hier unter dem Bürgerkönigtum Ludwig Philipps die goldenen Tage eines politisch herrschenden Großkapitalismus heraufzogen. Damals erst wurde die französische Kultur die Grundlage der Standesbildung für die Oberschicht der elsäßischen Gesellschaft: ein Vorbild für die aus der Tiefe emporstrebenden Kräfte des Volkes, das in seinem Kern trotz alledem mit rühriger Unterstützung seiner Geistlichkeit dem Zwang der französischen „Nationalsprache“ einen hartnäckigen Widerstand entgegensetzte. Inmitten dieser politischen, sozialen und wirtschaftlichen Kämpfe, die alle Kreise der Bevölkerung aufs engste mit dem inneren und äußeren Leben Frankreichs verbanden, aufschwand auch der letzte Rest von Zuneigung, die die Elsässer noch bis zur Februarrevolution etwa für die Entwicklung der politischen Verhältnisse in Deutschland gehegt hatten. Während in der alten Heimat in machtvoller Schwung der Reichsgedanke alle Eigenbrödelei von Stämmen und Dynastien siegreich überwand, feierte 1848 das Elsaß mit tönenden Worten das Fest einer „Zweihundertjährigen Vereinigung mit Frankreich“. Niemals hat hier der Zauber schwarz-rot-goldener Träume den Glanz der blau-weiß-roten Trikolore getrübt, die nun schon das zweite und dritte Geschlecht an Frankreichs Fahnen fesselte. Und doch bildete sich gerade in diesen Jahrzehnten das neue deutsche Nationalbewußtsein in einer Stärke aus, die bereits als politische Macht im Innern und nach außen zu werten war. —

Die erste Werbung Preußens um Deutschland, in der sich süd- und norddeutsche Staatsmänner und Publizisten im diplomatischen Ringen um Elsaß und Lothringen trafen, hatte nachhaltige Wirkungen hinterlassen. In schier unererschöpflichem Gedankenaustausch und in schwersten Verfassungskämpfen arbeitete sich das deutsche Volk in den Jahrzehnten der Reaktion und vor allem in der Revolution von 1848 aus dem Gewirr weltbürgerlicher und nationalstaatlicher Ideen und Vorstellungen, föderalistischer und unitarischer Tendenzen heraus, mit denen es eine ungeheuer große und tiefe Geschichte im letzten Jahrhundert belastet hatte. Klein Wunder, wenn darüber der Ruf nach Wiedergewinnung von Elsaß und Lothringen in den Jahrzehnten von 1815 bis 1859 nur spärlich erklang. Das Verlangen nach innerer Freiheit schlechthin drängte den Gegensatz gegen Frankreich zurück. Erst der Zusammenbruch der unitarischen Hoffnungen weckte in den Mehrheitsparteien der Paulskirche und des Erfurter Parlaments aufs neue die Erkenntnis, daß das deutsche Volk nur im Entscheidungskampf um die Rheingrenze zu staatlichem Selbstbewußtsein und damit zu selbständiger europäischer Machtstellung gelangen könne. Der Krimkrieg, der Süddeutschland zum ersten Male seit 1815 wieder ernstlich mit einem französischen Angriff bedrohte, bereitete dieser Wandlung den Weg. Im Jahre 1859 nahm die nationale Bewegung mit positiven Vorzeichen die Gedanken auf, die bereits die großen Tage der Befreiungs-

kriege wachgerufen hatten. Wie 1813 und 1815 stützen sich die Einheitsbestrebungen bewußt auf den Einfluß und auf die Macht Preußens, das mit der neuen Ära auch die liberalen Hoffnungen und Wünsche ganz Deutschlands gewinnt. Wieder drückt das Feldgeschrei: Elsaß und Lothringen deutsch! die Größe und Kraft der nationalen Politik aus. „Fast verklungene Laute erschallen wieder; was für immer begraben schien, zeigte neues Leben; man wagte zu wünschen, zu hoffen, ja — zu wollen“. Nur durch Abtretung dieser alten deutschen Provinzen, schrieb der neue Leiter des preußischen Generalstabes, Hellmut von Moltke, „erlangen Frankreich und Deutschland ihre wirkliche natürliche Grenze, die Vogesen.“ Offen bekannte sich die deutsche Publizistik zur Gedankenverbindung, die Ernst Moritz Arndt und Görres fast ein halbes Jahrhundert zuvor gelehrt hatten: „Alles, was uns der Einheit näher bringt, bringt uns auch der Hoffnung auf Wiedererlangung von Elsaß und Lothringen näher“. In raschen Schlägen führte Preußen 1864 und 1866 die äußere Politik der Frankfurter Reichsgewalt zu gutem Ende. Im Kampf gegen Dänemark öffnete es sich selbst und damit auch Deutschland den Weg zur Seegeltung; im Bruderstreit mit Österreich legte Bismarck den Grund zu neuer Entwicklung, die mit zwingender Gewalt zum Zusammenstoß mit Frankreich führen mußte. Als sich im Juli 1870 die nie ganz verschwundenen Wolken am westlichen Himmel zusammenzogen, vollzog sich in gleicher Schnelle und Zuverlässigkeit wie der militärische Aufmarsch auch die Mobilmachung der Geister. In wundervoller Klarheit erkannte das in der Schule Leopold Rantes heranwachsende Geschlecht, daß seine Heere jetzt gegen Ludwig den Bierzehnten fechten und zur Verteidigung gegen die Angriffspolitik der Richelieu und Mazarin ausziehen sollten. „Des Zusammenhanges zwischen den Jahren 1813 und 1815“, betonte in den Tagen von Weißenburg und Wörth ein Zeitgenosse, „ist sich jedermann bewußt. Der Feldzug von 1870 ist gleichsam der Schluß der unvollendeten Freiheitskriege“. „Noch hat kein deutsches Blatt die Kriegseventualitäten erwogen“, schrieb die „Berliner Börsenzeitung“ am Tage der Emser Depesche, „noch ist der Name von Elsaß und Lothringen nicht ausgesprochen, während es doch sicher nach einem siegreichen Feldzuge gegen Frankreich keinem Deutschen als möglich erscheinen würde, Straßburg noch eine französische Stadt bleiben zu lassen“. Als Herold des nationalen Gewissens verkündete Heinrich von Treitschke mit dichterischem Feuer, daß ein Sieg Deutschlands nur mit dem Entschlusse enden dürfe, „die ungeheure Sündenrechnung, die seit dem Raube der lothringischen Stifter aufgelaufen, ganz und für immer auszugleichen“. Erst mit dem Einmarsch der Heere ins deutsche Elsaß selbst aber setzten auch bestimmte Besprechungen über die Form der Erwerbung ein. In wort- und gedankenreichen Erörterungen gruppieren sich die Meinungen aufs Neue um die Stichworte vom Pufferstaat und um die Angliederung an einen oder mehrere der deutschen Einzelstaaten. Weit über das Maß der Anschauungen hinaus jedoch, die in der Zeit der Pariser Friedensschlüsse zutage getreten waren, spielt in diesem publizistischen und diplomatischen Kampfe jetzt die große deutsche Einheitsfrage eine entscheidende Rolle. Wie damals kreuzten die Anhänger rein territorialer Macht- und Hauspolitik und die begeisterten Vertreter des Reichsgedankens, Diplomaten, Parteiführer und Publizisten, in Rede und Schrift die Klängen. Aber von vornherein erschienen ihre Erörterungen, gemessen an 1815, ganz außerordentlich vertieft und geläutert. Nicht nur das Problem an sich ist nach dem Ausscheiden Österreichs wesentlich vereinfacht. Die Erfahrungen der deutschen Revolution von 1848 vor allem hatten ihre gewaltigen Spuren im Denken der gebildeten Klassen hinterlassen. Und mächtig drängten unter der Herrschaft des eisernen Kanzlers realpolitische Berechnungen ans Licht, vor denen die Doktrinäre der Höfe und der öffentlichen Meinung zurückweichen mußten.

Im Kreise der eifersüchtigen europäischen Mächte freilich wurde nach wie vor der Gedanke, einen machtlosen Pufferstaat zwischen Rhein und Vogesen einzuschleusen, aufs eifrigste erwogen. Insbesondere in England vertrat Gladstone

mit Nachdruck die Meinung, daß die Schleifung der elsässischen Festungen oder doch wenigstens die Erhebung des Elsaß zum neutralen Staat unter dem Schutz der Großmächte dem Bedürfnis Deutschlands nach Sicherung seiner Westgrenze vollauf genügen müsse. Der frühere österreichische Reichskanzler Graf Beust, der unermüdlige Gegner der kleindeutschen Einigung, nahm diese Anregung auf, als er noch im Dezember 1870 in London und Petersburg den Vorschlag unterbreitete, die „lothringische Frage“ durch Einrichtung einer monarchischen Autonomie zu lösen. „Es sei zu erwägen“, schrieb er, „ob nicht Elsaß-Lothringen als selbständiger, gleichberechtigter Bundesstaat dem Deutschen Reich angegliedert werden könne. Auf den Thron des neuen Großherzogtums wäre der Großherzog von Toskana, dessen Vorfahren über Lothringen geherrscht, zu berufen. Wenn Elsaß-Lothringen für sein früheres Herrschergeschlecht und nicht direkt für Deutschland revindiziert werde, sei nicht zu befürchten, daß es den ständigen Zankapfel zwischen Deutschland und Frankreich bilden werde.“ In der öffentlichen Meinung des deutschen Volkes selbst konnte das Schlagwort von der Autonomie Elsaß-Lothringens, das hier zum ersten Male vom Auslande in die Erörterung geworfen wurde, damals keinen Widerhall finden. Im Selbstgefühl der wiedererrungenen Einheit gab es für die ganz überwiegende Mehrheit der Nation nur eine deutsche, keine zwischenstaatliche Lösung des großen Problems, das die Eingliederung der neuen Landessteile bot. Aber in den Bereich dieser innerpolitischen Möglichkeiten gehörte es durchaus, wenn sich der persönliche und politische Freund Beusts, Graf Bray, als Bevollmächtigter Bayerns seit den Frühherbsttagen langsam dem Gedanken zuwandte, im Elsaß für das eigene Königreich selbst und unter Umständen auch für andere Bundesstaaten bestimmte Gebietsentschädigungen zu suchen.

Die Vorgeschichte dieser Pläne reicht, wie wir wissen, ebenfalls bis in die Zeit der Pariser Friedensschlüsse zurück. Wie damals war auch jetzt noch, bevor das neue Reich endgültig die Sorge für die wirtschaftliche Einheit aller Gliedstaaten übernommen hatte, der alte wittelsbachische Wunsch nach der Landbrücke zwischen Rheinpfalz und Unterfranken durchaus berechtigt. In kleineren Verhältnissen stand Bayern hier vor der gleichen Frage, die Preußen vier Jahre zuvor durch die Annexion von Hannover, Kurhessen und Nassau mit einem Schlage gelöst hatte. Trotzdem ist König Ludwig der Zweite, wie neuere Forschungen mit Recht hervorheben, in den Krieg eingetreten, ohne seine Bündnispflicht irgendwie durch den Vorbehalt einer Gebietsvergrößerung zu belasten. Der Anstoß, derartige Forderungen zu erheben, kam vielmehr, soweit wir bisher wissen, von Berlin. Selbst gut unitarisch gesinnte bayerische Liberale aber gestanden, „daß eine Gebietsvergrößerung Bayerns der Köder wäre, wodurch man dieses leichter für die Erledigung der deutschen Verfassungsfrage in einer den nationalen Wünschen entsprechenden Weise bestimmen könnte.“ Und auch unter den Parteien des Norddeutschen Bundes fanden sich namhafte Fürsprecher eines solchen Gebietsaustausches der Südstaaten, die in einer Vergrößerung der bayerischen Rheinpfalz keinen zu teuren Preis sahen. Vertreter der katholischen Presse und der Konservativen vor allem setzten sich schon früh für eine Flurbereinigung unter den Bundesstaaten ein, die ja im letzten Grunde vornehmlich dem föderativen Charakter der neuen deutschen Verfassung zugute kommen mußte. „Ein neuer Fezer“, so warnt eindringlich die „Kölnische Volkszeitung“, „etwa ein deutsches Vorland, dürfe aus Elsaß und Lothringen auf keinen Fall gemacht werden. Es würde doch das wahre partikularistische Gefühl verletzen, wenn nicht die Südstaaten bei diesem weltgeschichtlichen Akte eine Gebietsvergrößerung erhalten sollten“.

Im politischen Gedankenkreise der deutschen Stämme tritt damit die Einheitsidee noch durchaus zurück vor den wurzelechten Forderungen territorialen Eigenlebens. Kein Wunder daher, daß auch die Dynastien der süddeutschen Einzelstaaten zum wenigsten den Versuch machten, im Austausch des Grenzlandes die ihrer Regierung anvertrauten Länder abzurunden und wirtschaftlich zu stärken. Bis in den Vorfrühling 1871 hinein hat der geschmeidige Graf Bray immer aufs neue den dringenden Wunsch seines Herrschers nach einer Gebietsvergrößerung der Rheinpfalz

aufs eifrigste vertreten, während der Stuttgarter Hof und die schwäbische Demokratie Elsaß und Lothringen gern Preußen überlassen wollten, wofern nur Württemberg endlich die lange ersehnten Hohenzollernschen Fürstentümer dafür eintauschte. Mitte Dezember konnte Fürst Hohenlohe im Rückblick auf die ungeschickten Verhandlungen Graf Brays fast als Trost und Entschuldigung vermerken: „Württemberg hat in Versailles Hohenzollern haben wollen, Darmstadt wollte Nordhessen abtreten und dafür einen Teil der Pfalz; beide Staaten wurden aber von Bismarck entschieden abgewiesen. Da sprechen die Preußen von Seelenverkäuferei und Vänderfächer. Wenn es sich aber um Elsaß-Lothringen handelt, dann sagen sie: „Der Bien muß“.

Überblickt man diese ganze Kette von partikularistischen Vorschlägen und Forderungen, so wird man den Einzelfall nicht einseitig verurteilen. Immerhin ist es bemerkenswert, daß die verschiedenen Wünsche der Südstaaten nach Landgewinn nicht amtlich in der Presse vertreten wurden. Die öffentliche Meinung hatte doch schon in starken Ausbrüchen gezeigt, daß ihr der nationale Drang nach Einheit höher stand als eine innerlich noch so berechnete Eigenpolitik der Mittelstaaten.

Mit dem Unitarismus in reiner Form hatte sich eigentlich nur eine süddeutsche Regierung verbündet, das Baden Großherzog Friedrichs, der das Angebot eines Königreichs Alemannien auf beiden Ufern des Oberrheins von vornherein scharf ablehnte. „Eine Lösung, welche Bayern und Baden durch ehemalige französische Gebietsteile vergrößern wolle“, betonte er schon im August, „könne man nur für eine höchst unglückliche halten. Weber Bayern noch Baden seien instande, mit ihren Machtmitteln diese Territorien festzuhalten oder mit Erfolg sich innerlich anzueignen“. Der Fürst selbst weist damit auf die Unmöglichkeit hin, daß das Großherzogtum zu all seinen inneren Sorgen noch die Aufgabe auf sich nehme, die nachbarlich abgeneigten Elsässer in das Wesen des neuen Deutschlands einzugliedern. Am allerwenigsten konnte das kleine Land den militärischen Schutz des Glacis ausüben, das jetzt am linken Rheinufer erstand. Vor allem aber spielten ja auch für Baden bei der Beurteilung der Annexionsfrage die politischen und wirtschaftlichen Lebensinteressen des eigenen Staates selbstverständlich die größte Rolle. Im Falle einer Einverleibung des Elsaß mußten die Karlsruher Residenzler die Verlegung der wichtigsten Behörden nach Straßburg fürchten, das aufblühende Mannheim den Wettbewerb der bodenständigen Industrie im Oberelsaß. Entwarf doch der Ausschuß der süddeutschen Industriellen in Stuttgart gar eine eindringliche Mahnung, „die industriellen Teile des Elsaß von einer Annexion auszuschließen“.

Immerhin treten solche Erwägungen hier zurück vor der großen Lebensfrage der Kleinstaaten nach der Erringung der Einheit. Für das alleinstehende, langgestreckte Großherzogtum mußte ja ganz anders wie in den satten Mittelstaaten des Südens die nationale Frage den Kern der eigenen Politik bilden. Für Baden wie für alle deutschen Kleinstaaten galt auch jetzt noch das Wort, das der Vertreter Karl Augusts von Weimar auf dem Wiener Kongreß geprägt hatte: Daß die Sicherheit der kleinen Länder nur auf der Begründung eines wahren, in sich selbst haltbaren deutschen Reiches beruhe. Ohne die ideale Gesinnung des Fürsten, dessen letzter Gedanke noch auf dem Sterbebette „die Sorge um die Einigung und Veröhnung der Gegensätze“ war, zu gering einzuschätzen, wird man doch gerade diese rein materiellen Beweggründe der Selbsterhaltung von Land und Dynastie nachdrücklich betonen müssen. Stärker noch als die übrigen liberalen Fürsten, die Großherzöge von Oldenburg und Weimar und Herzog Ernst der Zweite von Coburg-Gotha, wurde Baden zum Anschluß an die unitarische Strömung gedrängt. Angriffsbereit drohten hier Bayern auf der einen, Frankreich auf der anderen Seite. Persönliche Überzeugung und das Interesse des eigenen Hauses und Staates machen so Großherzog Friedrich zum Sprecher und diplomatischen Führer der nationalen Parteien im Norden und im Süden Deutsch-

lands. Vor allem die positive Lösung, die er selbst für die Frage der Einverleibung von Elsaß und Lothringen vorschlägt, spiegelt diesen großen Zusammenhang. In die Entwürfe von 1870 fließen hier abgeklärt und rein die Gedankengänge der Vaterlandsfreunde von 1815.

„Wir sind Deutsche“, so hatte damals Ernst Moritz Arndt die Elsässer sagen lassen, „und viele von uns möchten wieder Deutsche werden, aber uns mit einem kleinen Fürstentum zusammenlöten, das wird nicht halten; schafft etwas Größeres, sonst bleiben wir lieber, wie wir sind“. Dieselben Töne, doch einen Akkord tiefer und voller noch, klingen uns aus der großen badischen Denkschrift vom August 1870 entgegen. „Die Frankreich abzunehmenden Provinzen“, so heißt es hier, „könne kein anderer als der Stärkste erhalten, derjenige, der allein imstande sei, sie mit eigener Kraft zu behaupten, und in Baden halte man deshalb nur ein solches Arrangement für gesund, welches Elsaß und Lothringen der Krone Preußens unterstelle. „Elsaß und Lothringen muß und wird“, wiederholt wenige Wochen später ein badischer Staatsmann, „wenn auch nur dem gesunden Menschenverstand Genüge geleistet werden soll, preußisch werden bis auf das letzte Dorf“. Zahlreiche Äußerungen der liberalen Presse begleiten beifällig diese Vorschläge. „Die Elsässer“, meint treffend die „Schwäbische Chronik“, „waren stolz, Franzosen zu sein, weil sie sich als Glieder eines großen Staates fühlten. Darum darf das Elsaß nie einem oder mehreren Mittelstaaten zur Beute werden“. Und scharf und schneidend ruft der „Schwäbische Merkur“ die Südstaaten zu realpolitischen Opfern auf: „Keiner von allen den süddeutschen Staaten hat den Umfang und die Bedeutung, um den Elsässern oder Lothringern den bisherigen Zusammenhang mit einem großen Staatsleben zu ersetzen. Dies kann nur der einzige deutsche Großstaat, den es eben gibt, dies kann nur Preußen. Wir können die Elsässer und Lothringer nie wieder zu Deutschen machen, wenn wir sie erst zwingen, bayerisch oder badisch zu werden; stolz wie sie sind, würden sie das nur mit Hohn und Grimm als ein schmerzliches Herabsteigen empfinden. Der Krieg hat es uns gelehrt, daß wir in unserem Dasein geschützt werden, wenn wir mit Preußen gehen. Und es wird Preußen nur leichter werden, uns darin zu schützen, wenn jene Grenzstriche in seine Hand gelegt sind: indem es dort künftig sein eigenes Gebiet behütet, sind wir mit behütet. Es muß nicht nur wie bisher Preußens edelste Pflicht bleiben, der Hort Deutschlands zu sein, es muß auch sein eigenstes Interesse darin finden. Übergebt also das deutsche Tor dem Torwart, der stark genug ist, es zu behaupten“. Gleichzeitig aber regt sich das Mißtrauen der linksstehenden Liberalen, ob Preußen auch imstande sei, den wiedergewonnenen Brüdern die Freiheiten zu ersetzen, die sie bei ihrem Abtritt aus dem demokratischen Frankreich dahingeben. Wohl betont schon am 18. August die „Vossische Zeitung“, daß „Preußen nach wie vor den Stock und Kern, auch des neuen und erweiterten Deutschen Reiches bilden müsse“, daß nur ihm daher das Frankreich abzunehmende Land zuzuwiesen sei. Voraussetzung dazu ist ihm aber, daß Preußen sich befeißigt, „seine Untugenden abzulegen, welche ihm als Groß-Preußentum berechtigten Haß zugezogen haben, und daß es die Volksrechte Elsaß und Lothringens erweitere, ohne welche eine gesunde Einverleibung in Deutschland nicht denkbar sei.“ Scharf wird durch diese Sätze die Frage der staatsrechtlichen Angliederung Elsaß-Lothringens hinausgehoben über die einfache Forderung der Zuweisung an eine der Verbündeten Regierungen. Die Fäden zwischen Preußen und Deutschland, die unentwirrbar die Entwicklung der deutschen Frage im neunten und noch im zwanzigsten Jahrhundert durchziehen, umspannen seit dem August 1870 auch das Schicksal der neu zu erwerbenden Lande. Alle die großen Gedankenreihen der auswärtigen und inneren Politik Preußen-Deutschlands, die 1815, 1848 und 1866 nicht restlos aufgegangen waren, drängen hier aufs neue zur Entscheidung. Seit die Annexion feststeht, und seit die Ansprüche der Südstaaten in der Hauptsache aus der Erörterung ausscheiden, wird die staatsrechtliche Gestaltung Elsaß und Lothringens ein Gradmesser für die Stärke der unitarischen und föderalistischen Kräfte des neuen Reiches.

Schon die „Reichsterroristen“ von 1848 wollten durch die Erhöhung des preußischen Königs vor allem den preußischen Staat selbst für ihre eigene liberale und nationale Staatsauffassung erobern, daß er sich selbst aufbeuge und auflöse um Deutschlands willen. Durch Einschmelzung liberaler Elemente aus Mittel- und Süddeutschland, so meinten vorsichtigerer Wortführer des Unitarismus, sollte das Erz des spezifischen Preußentums so stark durchsetzt werden, daß das neue Preußen-Deutschland durch den Hammer der konstitutionellen Doktrin zum liberalen Musterstaate gewandelt werde. Wohl hatten inzwischen die harten Erfahrungen der Jahre von 1849 bis zur Konfliktzeit die liberalen Politiker zur Zurückhaltung gemahnt. Und gerade im letzten Jahrzehnt, im Siegeszug von Düppel bis Sedan, hatte der vielgeschmähte altpreußische Staat nicht nur die Kraft, sondern insbesondere auch den lebendigen Willen gezeigt, den Weg zum neuen Deutschland voranzugehen. Aber noch immer schien er nur der Zwingherr zur Deutschtum. Noch immer schieden das Dreiklassenwahlrecht, das gerade kurz vorher Bismarck als das elendeste aller Wahlsysteme bezeichnet hatte, und die auf ostelbischen Standes- und Wirtschaftsinteressen beruhende Verwaltungspraxis der preußischen Junker und Landräte die Staatschöpfung der Hohenzollern innerlich und äußerlich aufs schärfste vom Süden und Westen des Reiches. Und mehr oder minder stark werden daher im Spätsommer 1870 die alten Hoffnungen wieder lebendig, als jetzt die Möglichkeit nahe schien, ein großes süddeutsches Land an Preußen anzugliedern, Land und Leute sogar. So meinte man, die dank ihrer französischen Vergangenheit wohl instande sein mochten, liberale und demokratische Kraft ins erstarrte Preußentum zu tragen. Ungehindert wucherte ja noch in den Köpfen vieler Politiker der Bahn, daß nur das Maß individueller parlamentarischer Freiheit Völker und Staaten scheide, und daß die Weltgeschichte seit den Tagen der großen französischen Revolution in der Hauptsache ein Siegeszug des Fortschrittes von Westen nach Osten sei. Während die konservativen Organe merkwürdig zurückhaltend bleiben, tritt daher bei den liberalen Parteien die Forderung: Elsaß und Lothringen für Preußen in mannigfacher Abtönung hervor.

Am feinsten hat vielleicht Heinrich von Treitschke den Weg gewiesen, wie jetzt Preußens Wesen im unitarischen Sinne umzubiegen und zu wandeln sei. Mit all seinem gewaltigen Pathos tritt er schon Ende August „jener unklaren Redensart“ entgegen: „Wir wollen die Süddeutschen belohnen für ihre Treue“. Mahnend und warnend weist er vielmehr auf die Gefahren hin, die gerade solche Lösung der noch unfertigen deutschen Einheit bringen muß: „Bayern, durch das Elsaß verstärkt und die süddeutschen Nachbarn rings umklammernd, wäre die Großmacht des deutschen Südens. Wer aber diese große Zeit versteht, der darf nicht wollen, daß an die Stelle des unglücklichen preußisch-österreichischen Dualismus ein preußisch-bayerischer trete, daß Baden und Württemberg haltlos zwischen Preußen und Bayern einher schwanken. Die Zeit ist für immer vorbei, da deutsche Mittelstaaten noch wachsen konnten.“ — „Wer ist stark genug“, fragt er, „diese verlorenen Lande zu beherrschen und durch heilsame Zucht dem deutschen Leben wiederzugewinnen? Preußen, allein Preußen! Der preußische Adler allein versteht festzuhalten, was seine Fänge ergriffen; in jeder schwächeren Hand ist das Grenzland nur ein Besitz auf Zeit. Wir wollen Preußen durch das einzige Band, das in der Politik immer die Probe hält, durch seine eigenen Lebensinteressen, an uns fetten. Dem Deutschen Reiche aber wird es zum Heile gereichen, wenn die führende Macht in ihrem eigenen Hause süddeutsche Eigenart zu würdigen lernt, wenn die bürgerlichen Kräfte ihrer Westprovinzen verstärkt werden und den unreifen sozialen Zuständen ihres Ostens ein Gegengewicht bilden — kurz, wenn der preußische Staat alle Gegensätze des deutschen Lebens in sich einschließt und versöhnt.“ Ähnlich betont eine süddeutsche Korrespondenz der „Nationalzeitung“, daß Preußen durch die Einverleibung Elsaß-Lothringens „genötigt sein werde, sich süddeutschem Wesen mehr, als es bisher geschah, zu akkommodieren“.

Lückenlos und fast selbstverständlich gleiten diese Erörterungen gerade dadurch, daß sie in Elsaß und Lothringen nicht das alte, verhaßte spezifische

Preußentum zur Herrschaft kommen lassen wollen, hinüber zu neuen Vorschlägen. Um nicht einen „Polizeistaat“ durch den anderen zu ersetzen, läßt die „Vossische Zeitung“ jetzt den Gedanken an eine Einverleibung von Elsaß und Lothringen in Preußen fallen. „Wenn es doch nicht möglich ist“, meint sie, „beide Länder unter einer neuen Art von Reichsunmittelbarkeit ohne Fürst selbständig zu machen, so würde das künftige Schicksal von Elsaß-Lothringen bis nach der Entscheidung über die Reichsverfassung zu vertagen sein und eine Nationalversammlung dabei mitzusprechen haben.“ Verheißungsvoll klingen seitdem Namen und Begriff von „Reichsunmittelbarkeit“, von Reich, Kaiser und Reichsland aus den Tagen der deutschen Revolution herüber. Unausgesprochen, zum Teil wohl unbewußt, stützt ein Begriff den anderen und haucht ihm ein eigenartiges Leben ein.

Eine Auswahl von Stimmen aus dem liberalen Lager mag am besten zeigen, wie sich aus der Hoffnung auf eine liberale preußische Provinz Elsaß-Lothringen langsam das Verlangen nach einem „Reichsland“ entwickelt. Mit Nachdruck betont Heinrich von Sybel in der „Kölnischen Zeitung“, daß das zurückgewonnene Land nicht zur Stärkung irgend eines Partikularismus verwandt werden dürfe. Seine Regierung sei keiner anderen Hand als dem Führer unserer nationalen Einheit, unserem königlichen Bundesoberhaupt zu geben. Deutlicher wird eine von Treitschke gerühmte Flugschrift: Als „objektives Produkt der hergestellten deutschen Einheit und als ein handgreifliches Pfand für deren Dauer“ sollen Elsaß und Lothringen unmittelbar dem Reiche gehören. Das Reichsoberhaupt soll hier dieselbe Stelle einnehmen wie als Bundespräsidium im jetzigen Norddeutschland. Ähnlich äußert sich ein Mitarbeiter der „Nationalzeitung“, dessen Kritik bereits zum linken Flügel der Liberalen hinüberweist. Im Gegensatz zu Treitschkes Aufsatz fürchtet er, daß eine preußische Provinz Elsaß-Lothringen „mit dem preußischen Herrenhause, mit Eulenburgischer Landratsverwaltung und mit anderen dergleichen schönen Dingen behaftet werde“. Er hofft im Gegenteil, daß Elsaß-Lothringen ein liberaler Musterstaat werde. Hier müsse man den Anfang damit machen, daß die Funktionen des Landtages immer mehr auf Reichstag und Provinzialvertretung übergingen und die preußische Regierung immer mehr den Charakter einer rein deutschen Regierung annehme. In dieser deutschen Provinz möge das Oberhaupt des Reiches die Provinzialregierung einsetzen; der deutsche Reichstag möge in Übereinstimmung mit dem Reichsoberhaupt die Funktionen derselben feststellen. „Wir meinen, daß auf diese Weise die preußische Aufgabe gegenüber der neuen Provinz um so reiner und vollständiger gelöst werden kann, als sie eben keine spezifisch preußische, sondern eine solche ist, welche mit der deutschen Aufgabe Preußens vollständig zusammenfällt.“

Auch aus den Kreisen der Nationalliberalen jedoch kennen wir Stimmen, die unmittelbar anknüpfen an die Hoffnungen der Unitarier von 1848. Die Lockungen Heinrich von Gagerns freilich, der noch Ende Dezember 1870 in Darmstadt die Notwendigkeit hervorhob, „daß der Schwerpunkt der preußischen Regierungsaktion mehr in die Provinziallandtage und weniger in die zentrale preußische Reichsvertretung zu liegen komme“, versagten sie sich. Offen hatte vielmehr wenige Monate vorher Heinrich von Treitschke hervorgehoben, daß Preußens monarchische und militärische Überlieferungen geschont werden müßten. Aber zugleich hatte er als seine und seiner Freunde Überzeugung verkündet, daß er nach wie vor „den Einheitsstaat und die Selbstverwaltung starker Provinzen als die Staatsform der Zukunft“ ansehe. Es war ein deutlicher Hinweis auf die Entwicklung der Selbstverwaltung der preußischen Provinzen, die eine Zeitlang wohl in der Tat Preußen zum Kern und zum Vorbild des einheitlich gegliederten künftigen Deutschen Reiches zu machen schien.

Ein Teil der mittelstaatlichen liberalen Staatsmänner hatte schon 1866 von der Annexion Hannovers, Kurheffens, Frankfurts und Nassaus eine solche Umbiegung des spezifischen Preußentums erwartet. „Daß das Verschwinden Hannovers aus der Reihe der norddeutschen Staaten der föderativen Entwicklung Deutschlands nicht förderlich sein und den Übergang zum Einheitsstaate beschleunigen werde, erschien

einleuchtend“, so meinte damals Fansen, der Vertraute des Großherzogs von Oldenburg. Schärfere noch, unmittelbar fast anknüpfend an die Sagerischen Gedanken, schrieb der Kurhesse Friedrich Detter, der zusammen mit Johannes Miquel eingehend mit Bismarck über die Schaffung selbständiger, lebenskräftiger Provinzen verhandelte: „Die ganze preußische Landesgesetzgebung müsse zugunsten der Bundes- und der Provinzialgesetzgebung aufhören, also der Landtag allmählich trodengelassen werden“. In diese Entwicklung hinein schob sich drei Jahre später die Erörterung über die Angliederung der Südstaaten und der neu erworbenen Gebiete Elsaß und Lothringen an den Norddeutschen Bund. Und geistvoll verband Detter auch diese neue Gedankenreihe mit den alten Entwürfen, als er empfahl: „Durch allmähliche Trodengelassung der bisherigen deutschen Landesverfassungen zugunsten der Reichsverfassung einerseits und einer Reihe einander gleichstehender Provinzialverfassungen andererseits die Zukunft des Deutschen Reiches sicherzustellen und sie auf eine festere, harmonisch gegliederte Basis zu stellen“.

Was hier Detter als ideales Zukunftsbild ausführte, war in der Tat nichts anderes, als eine Erweiterung dessen, was eine bestimmte Richtung unter den Liberalen anfangs wohl von der Einverleibung Elsaß und Lothringens in Preußen erwartet hatte. Die Aufgabe, die sie der neuen preußischen Provinz stellen wollten, das spezifische Preußentum der alten Provinzen in unitarischem Sinne umzuschmelzen, übertrug Detter auf das Reichsland. Nicht nur den preußischen Partikularismus allein, sondern den Partikularismus aller Bundesstaaten sollte das Reichsland auflösen und zum unitarischen Staatsrecht hinüberleiten. Die eine Reichsprovinz Elsaß-Lothringen konnte der Anfang zur Auflösung des ganzen Bundesstaates in Reichsprovinzen werden. Wir sehen, welche tiefgreifende Wertung Friedrich Detter der Schöpfung des „Reichslandes“ beilegte. Wohl steht der Kurhesse mit diesen Zukunftsplänen für uns allein. Wir kennen vorläufig keinen anderen Politiker, der so folgerichtig die konstitutionelle Doktrin von 1848 auf die neuen Erfolge des Jahres 1870 ausdehnte. Aber schließlich entsprangen doch auch derselben Wurzel politischen Denkens die Sätze, die die „Vossische Zeitung“ bereits am 2. September schrieb: „Wird die Reichsverfassung von 1849 der neuen zugrunde gelegt und von einem verfassungsgebenden Reichstage zeitgemäß verändert, dann ist es für die Nation ganz gleichgültig, welchem Sonderstaate die alt-neuen Provinzen zugeschlagen werden“. Die Verfassung der Paulskirche hatte ja in der Tat schon unter dem Schleier des Bundesstaatsbegriffes die Einzelstaaten lediglich als Reichsprovinzen mit erblichen Statthaltern behandeln wollen.

Die Mehrzahl der Nationalliberalen freilich, die mit sicherem Gefühl für die Staatspersönlichkeit Preußens stets daran festhielten, daß der hohenzollernsche Staat den Stock und Kern des neuen Deutschland bilden sollte, konnten solchen reichsterroristischen Gedankengängen nicht folgen. Nicht wenige unter ihnen haben damals schon in der Neuschöpfung des „Reichslandes“ einen Rückschritt gegenüber der von ihnen empfohlenen Eingliederung in Preußen erblickt. Nachdrücklich warnt eine preußische Stimme in der „Nationalzeitung“ davor, einen neuen Partikularstaat zu schaffen: „Wer auch das Oberhaupt ‚dieser deutschen Provinz‘ werden mag, Herzog oder Oberpräsident, immer wird derselbe ein gewisses Maß von staatlichen Funktionen zu üben haben, welches ungefähr dem gleichkommt, was die Regenten unserer Kleinstaaten leisten. Ein Übergangsstadium wird allerdings unvermeidlich sein. Benutzen wir es, um auch in unserem engeren Vaterlande alle Mißstände der inneren Verwaltung zu beseitigen, und lassen wir dann Elsaß-Lothringen als vollberechtigte preußische Provinz an den Segnungen deutscher Einheit teilnehmen“. Ebenso nimmt der nationalliberale Politiker H. B. Oppenheim entschieden Stellung gegen die „unklare, ja widersinnige Kombination, aus Elsaß-Lothringen ein abstraktes ‚Reichsland‘ zu machen“. Mit nachdrücklichem Eifer wendet er sich gegen die konservative Presse, die sich in merkwürdigem Zusammenklang schon seit dem Frühherbst 1870 mit den Vorkämpfern der unitarischen Linken im gleichen Verlangen findet.

In der Tat gingen die rechtsstehenden Parteien und die ihnen innerlich verwandten Föderalisten in ihrem Verlangen nach einem „Reichsland“ schon 1870 von Voraussetzungen aus, die in schärfstem Gegensatz standen zu den Anschauungen, die die Unitarier vertraten. In einer ganzen Reihe von Artikeln wendet sich im September des Kriegsjahres die „Kreuzzeitung“ entschieden gegen das Verlangen der Linksliberalen nach einem „zentralisierten konstitutionellen Einheitsstaat“. Bei weitem wichtiger ist ihr die Sicherung der Eigenart der Einzelstaaten, besonders Preußens. Und doch verlangt auch das Organ der Konservativen als die einzig mögliche Lösung der schwebenden Frage „die Erklärung von Elsaß und Lothringen als freies deutsches Reichsgebiet“. Die Einnahmeüberschüsse würden in die Bundeskasse fließen, die militärischen Besatzungen aus allen Bundesgebieten zu stellen sein. Die Oberbeamten der Zivilverwaltung würden in der ersten Zeit aus den bisherigen deutschen Staaten hervorgehen, während man später diese Stellen auch Elsaß-Lothringern zugänglich machen könnte. — Merkwürdig nüchtern und praktisch stehen diese Bemerkungen neben den Hoffnungen, die sich für die Unitarier an die Erwähnung des „Reichslandes“ knüpften. Bedeutungsvoll aber wird der Vorschlag der „Kreuzzeitung“ in ganz besonderem Maße dadurch, daß er im wesentlichen das enthält, was Bismarck selbst gebilligt hatte. Schon im August 1870 nämlich hatte der frühere preussische Ministerpräsident Otto von Manteuffel dem Bundeskanzler Vorschläge zur Angliederung von Elsaß und Lothringen übermittelt, die zum Teil wörtlich mit den Angaben des konservativen Organs übereinstimmen. Eine Neutralisierung der wiedergewonnenen Gebiete zwar, die Manteuffel ebenfalls anregte, wies Bismarck von vornherein ab. Der Gedanke aber, Elsaß und Lothringen zu Reichslanden zu machen, schreibt er, habe bereits nach den ersten siegreichen Schlachten die Genehmigung des Königs gefunden. H. B. Oppenheim mag sich auf diesen Artikel der „Kreuzzeitung“ beziehen, wenn er den Gedanken eines „Reichslandes“ einen offiziellen Fühler nennt, mit dem etwas ganz anderes gemeint war, als dienftfertige Federn in der Hand des Gehorchens daraus herleiteten. Dem überzeugten Vertreter einer Angliederung an Preußen erscheint es unfassbar, daß man das deutsche Bundesstaatswesen noch verwickelter machen wolle. In der Tat fällt zum mindesten zeitlich die eingehende Beschäftigung der deutschen Presse mit den Annexionsfragen zusammen mit den einleitenden Verhandlungen der deutschen Regierungen. Wie bei den Fragen der Reichsverfassung und der Kaiserwürde greift überragend und bestimmend die hohe Gestalt Bismarcks in die Erörterung ein. In den rein nationalen, innerpolitischen Gedankenaustausch der gesamtdeutschen Parteien führt der Leiter der auswärtigen Politik des Norddeutschen Bundes internationale Rücksichten und Motive ein, die mehr und mehr die Entscheidung auch in der Frage der staatsrechtlichen Zukunft Elsaß und Lothringens bedingen.



## Gespräch im Olymp

Aus der Mappe des Emeritus Adrian Guggengegger

**A**rtur von Guggengegger, bisher Landrat des Kreises Schmöle, jetzt zum Minister des Mittleren ernannt, machte seinem Freund und Vetter, Freiherrn Egbert von Guggengegger, seit über fünf Jahren Minister der edigen Angelegenheiten, einen Besuch. Die beiden Herren saßen im Dienstzimmer Egberts gemütlich beisammen und rauchten. Zum Bedauern seines Veters hatte Artur aus dem ihm halbzeitig angebotenen Etui eine der guten Zigarren von der anderen Seite ge-